

**Zeitschrift:** ZeitBild  
**Herausgeber:** Schweizerisches Ost-Institut  
**Band:** 33 (1992)  
**Heft:** 21

**Artikel:** Ein heikler Balanceakt : ein Jahr unabhängiges Mazedonien  
**Autor:** Mati, Ljubomir  
**DOI:** <https://doi.org/10.5169/seals-1093196>

### **Nutzungsbedingungen**

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

### **Conditions d'utilisation**

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

### **Terms of use**

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

**Download PDF:** 18.04.2026

**ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>**

Ein Jahr unabhängiges Mazedonien

Ein heikler Balanceakt

Das unabhängige Mazedonien hat am 8. September seinen ersten Geburtstag gefeiert – für uns Anlass genug, Bilanz zu ziehen. Dies auch vor dem Hintergrund der Tatsache, dass dessen Anerkennung international praktisch allgemein wegen des Widerstandes Griechenlands versäumt wurde, das allein schon den Namen des neuen Staates als Gefährdung der eigenen Interessen ansieht.

Die griechischen Befürchtungen beruhen zugegebenermassen auf schlechten Erfahrungen in der Vergangenheit. Das heutige Mazedonien erstreckt sich auf ungefähr 40 Prozent des einstigen mazedonischen Staatsgebietes, das gemäss Ptolomäus-Karte aus dem 2. Jahrhundert v. Chr. im Norden bis fast an die heutigen Grenzen zu Serbien reichte, sich teilweise über das südwestliche Bulgarien erstreckte, im Westen von den albanischen Gebirgszügen und im Süden vom Olympe begrenzt wurde.



«alle Mazedonier zu vereinen», was ein offener Machtanspruch auf Teile Griechenlands und Bulgariens bedeutet hätte; aber es bestand eine offensichtliche Ambition, die dort lebenden Mazedonier unter Skopjes Patronat zu stellen. Das hätte bedeutet, dass sie als politisches Mittel der Politik gegenüber Bulgarien und vor allem Griechenland hätten genutzt werden können, wann immer es den Machthabern in Skopje oder Bundes-Belgrad gepasst hätte.

Angesichts dieser Haltung Skopjes stellte also jetzt Griechenland Bedingungen für die Anerkennung des unabhängigen Mazedonien. Diese Bedingungen waren begleitet von der Erläuterung Griechenlands, dass es ihm wichtig sei, sich vor solchen und ähnlichen Schlichen Skopjes zu schützen, was bisher bei seinen Verbündeten auf Verständnis gestossen und erst jüngst wieder in Athen anlässlich des Besuches von Cyrus Vance und Lord Owen bestätigt worden ist. Klare Zusicherungen aus Skopje, dass es keine territorialen Ansprüche ausserhalb Mazedoniens erhebe, genügten offenbar nicht, um die griechischen Argumente zu entkräften.

Nebenbei sei erwähnt, dass die Zahl der im ägäischen (d. h. griechischen)

und pirinischen (d.h. bulgarischen) Teil Mazedoniens lebenden Mazedonier nicht mit Bestimmtheit angegeben werden kann. Und Vardar-Mazedonien (der jetzige unabhängige Staat) kann umso mehr auf deren Existenz beharren, als sowohl die Griechen wie die Bulgaren sie negieren, indem sie sie in ihren Volkszählungen einfach nicht als Volksgruppe zählen. So bezeichnen die Griechen die Mazedonier als «nicht-gräkophone Hellenen» und die Bulgaren als bulgarisches Volk mit «westbulgarischem Dialekt».

Starke albanische Minderheit

Die labile internationale Stellung Mazedoniens verläuft parallel zur unsicheren innenpolitischen Entwicklung. Laut jüngsten Angaben machen die Mazedonier nur ungefähr 65 Prozent der Gesamtbevölkerung (1,3 Mio von total 2 Mio Einwohnern) aus. Von den restlichen rund 700 000 sind fast eine halbe Million Albaner, wobei hinzugefügt werden muss, dass deren Zahl wegen der höheren Geburtenrate und wegen

der immer grösser werdenden Immigration aus dem Kosovo ständig wächst.

Dominant gegenüber den Mazedonier sind die Albaner in West-Mazedonien: Tetovo mit 71 % Albanern (gegenüber 22 % Mazedonier); Gostivar mit 62,7 % (16,9 %); Debar mit 44 % (12 %); Kicevo mit 45,9 % (39,3 %) und es sind immer mehr, die nach Struga (42,9 %), Kumanovo (34,5 %) und Skopje (17,6 %) ziehen. Gewichtiger noch als ihr Anteil an der Gesamtbevölkerung ist die geographische Konzentration der Albaner. Mit dieser Tatsache müssen die Behörden in Skopje ernsthaft rechnen. Mehr oder weniger offene Andeutungen aus albanischen Quellen, wonach ihre «Republik Kosovo» auch West-Mazedonien und einen Teil Montenegros einschliessen müsste, lassen die Befürchtung aufkommen, dass es zur Teilung des heutigen Mazedonien kommen könnte.

Griechische Ängste

Die heutige Aufteilung stammt aus dem Jahre 1913, als nach dem Ende der Osmanenherrschaft Mazedonien unter Serbien, Bulgarien und Griechenland aufgeteilt wurde. Keiner der drei Staaten aber hat die Mazedonien als Volk anerkannt. Dies mit der Begründung, unter anderem, dass sie nicht einmal einen eigenen Namen haben (historisch erscheinen sie als «mazedonische Slawen», also dem altertümlichen Raumnamen, den sie bevölkert haben). So wurde die Teilung zum ständigen Anlass von Unzufriedenheit in der Bevölkerung, was besonders Serbien, später auch Jugoslawien und Bulgarien, für ihre politischen Ziele nutzten.

Dass die Mazedonier nach dem Zweiten Weltkrieg in Jugoslawien als eine Nation anerkannt und ihnen eine eigene Republik zuerkannt wurde, erleichterte es ihnen, die «mazedonische Frage» offensiver aufzuwerfen. Zwar wurde nicht gefordert,

Zerklüftete Parteienlandschaft

Ein weiterer Faktor politischer Instabilität verbirgt sich in den Parteien. Keine von diesen verfügt im Parlament über eine Mehrheit. Die grösste unter ihnen ist die «innermazedonische revolutionäre Organisation – demokratische Partei für die mazedonische Einheit», kurz VMRO-DPMNE genannt. Sie besetzt 37 von den insgesamt 120 Sitzen im Parlament.

Der erste Teil ihres Namens, VMRO, impliziert die Fortsetzung der Tradition und der Politik der gleichnamigen, Ende des letzten Jahrhunderts gegründeten Organisation, die der Träger des mazedonischen Aufstandes gegen die Türken 1903 war. Da sich diese im ersten Drittel dieses Jahrhunderts immer enger an Bulgarien anschloss, bis sie sich als rein faschistisch entpuppte und ihre Mitglieder die unmittelbaren Organisatoren und Ausführende des Attentats am jugoslawischen

König Alexander I. 1934 in Marseille waren, hat ihre Wiederauflebung 1990 verständlicherweise Besorgnis bei einem Teil der Mazedonen hervorgerufen, ganz besonders wegen des möglichen Einflusses Bulgariens auf die weiteren Geschehnisse.

Hinsichtlich nationaler Politik gilt die VMRO als die radikalste Partei. Neben kompromisslosen Forderungen nach einem unabhängigen, souveränen Staat mit eigener Armee, welche schon in einer Zeit geäußert wurden, als andere mazedonische Politiker noch die Erhaltung enger Verhältnisse zu Jugoslawien als Lösung ansahen, forderte die VMRO die territoriale, «geistige», nationale und ökonomische Vereinigung aller Mazedonier, «unabhängig von den Staaten, in denen sie leben». Wie ernst solche Forderungen gemeint waren, ist schwer zu sagen, aber sie haben auf die gemäßigten Kräfte alarmierend gewirkt und sind nicht ohne Auswirkung auf die Wählerschaft geblieben, die der VMRO nur laue Unterstützung gewährte.

Die im Parlament am zweitstärksten vertretene Partei mit 31 Sitzen ist der Sozialdemokratische Bund Mazedo-

niens (SDSM), dessen Leiter, Barnko Crvenkovski, jetzt gegen den Willen der Mehrheitspartei an die Spitze der Regierung kam. Dem SDSM, dem die VMRO vorwirft, sich auf die kommunistische Doktrin zu stützen, schwebten anfänglich konföderative Beziehungen zum übrigen Jugoslawien vor.

## Demokratie in den Kinderschuhen

Der SDSM wollte die Einführung der Marktwirtschaft und eine selektive Unterstützung durch fremdes Kapital, um die durch die rückständige Wirtschaft kaum zu vermeidenden sozialen Erschütterungen aufzufangen. Auch dies wurde von VMRO-Opponenten als Beweis «kommunistischen Gedankengutes» interpretiert. Da die mazedonischen Sozialdemokraten tatsächlich ihre Wurzeln im einstigen Kommunistenbund haben und entsprechende Vorwürfe nicht nur von der VMRO kommen, fühlte sich Crvenkovski unlängst zur

Bemerkung veranlasst, es sei langsam «langweilig geworden, wie die einen einstigen Kommunisten die anderen einstigen Kommunisten anklagen, Kommunisten zu sein».

Dieser Protest ist nicht nur deswegen begründet, weil nach 45 Jahren Kommunismus kaum jemand in der Politik zu finden ist, der nicht zum kommunistischen Establishment gehört hat, sondern auch, weil die Partei wegen der geänderten Umstände von ihrer ursprünglichen Idee einer Konföderation längst abgewichen ist. Zudem erfordert die Armut in Mazedonien sofortige und umfangreiche Wirtschaftshilfe aus dem Ausland, selektive Kriterien sind obsolet geworden.

Die übrigen Parteien spielen im politischen Leben Mazedoniens und dementsprechend auch im Parlament nur eine geringe Rolle — zehn von ihnen besetzen 45 Abgeordnetensitze. Um ein Gesamtbild zu erhalten, darf aber die Partei der demokratischen Prosperität, die die albanische Bevölkerung vertritt, nicht unerwähnt bleiben. Ihr Programm fordert ein Mazedonien aller Bürger, die Gleichberechtigung aller Völker, das Recht auf Schulung in der eigenen Sprache für jeden von der Primarschule bis zur Universität, das Recht auf Benützung ihrer Sprache im öffentlichen Leben bzw. auf die Zweispachigkeit in ihrer, d. h. in der albanischen, Umwelt usw.

Das sind zwar Forderungen, denen in anderen Demokratien nachgekommen wird. Was aber bei der mazedonischen Bevölkerung Argwohn erregt, ist die damit einhergehende Möglichkeit der albanischen Minderheit, Mazedoniens Einheit zu unterlaufen. Damit ist einerseits die parlamentarische Zusammenarbeit mit dieser Partei unterbunden, andererseits schließt sie sich aber auch selbst aus, indem sie sich als einzige Beschützerin albanischer Interessen in Mazedonien bezeichnet.

Da mit einer solchen Kräfteverteilung im Parlament keine Partei imstande ist, eine mehrheitsfähige Politik zu betreiben, bleibt die politische Lage Mazedoniens auch ein Jahr nach der Unabhängigkeitserklärung

instabil. Der einzige gemeinsame Nenner unter den Parteien ist die Sorge um die Erhaltung dieser Unabhängigkeit, wobei die einen die größere Gefahr bei den Serben, die anderen bei den Bulgaren, die dritten bei den Albanern und alle drei bei den Griechen sehen, deren Blockade sie wirtschaftlich hart trifft. Ein solches Klima begünstigt natürlich in erster Linie die nationale Einheit, nicht aber die Entwicklung demokratischer Institutionen.

## Hoffnung auf Gligorov

Um so mehr kommt dem mazedonischen Präsidenten Kiro Gligorov eine wichtige Rolle zu. Er war bereits 1965 der Schöpfer der sogenannten «Wirtschaftsreform», die Jugoslawien in die Marktwirtschaft hätte führen sollen. Leider wurde damals sein Programm als Gefahr für die Machterhaltung der sozialistischen Oligarchie angesehen. Die Reform wurde nach weniger als einem Jahr aufgegeben, und das Land trabte weiter auf dem Weg des «selbstverwaltenden Sozialismus» — bis zum bekannten katastrophalen Ende. Das Verwerfen der Reform bedeutete auch den politischen Niedergang Gligorovs, der danach volle zwei Jahrzehnte nicht mehr im öffentlichen Leben anzutreffen war — bis zu seiner Wahl ins jetzige Amt.

Seiner politischen Erfahrung und seinem wirtschaftlichen Konzept ist es zuzuschreiben, dass Gligorov sozusagen die ausgleichende Kraft in der mazedonischen Politik spielt. Dank seiner Vorsicht und realistischen Verhalten hat er sich unbestreitbare Verdienste für die bisher doch relativ schadlos überstandene Loslösung von Jugoslawien erworben. Ihm werden sowohl die Kontrolle über die ethnischen Spannungen wie die Herstellung ausgewogener Beziehungen zu Serbien und Bulgaren zugeschrieben, ohne welche das selbständige Bestehen Mazedoniens mehr als fraglich wäre.

Ljubomir Matić

